

Geschäftsbericht 2023



Sparkasse
Hameln-Weserbergland

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht	4
Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.....	4
Wirtschaftsbericht	5
Nachtragsbericht.....	18
Risikobericht	19
Chancen- und Prognosebericht	32
Jahresabschluss	35
Jahresbilanz.....	36
Gewinn- und Verlustrechnung.....	38
Anhang	39
Allgemeine Angaben	39
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	39
Erläuterungen zur Jahresbilanz - Aktiva.....	44
Erläuterungen zur Jahresbilanz - Passiva	49
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	52
Sonstige Angaben	53
Organe der Sparkasse	54
Anlage zum Jahresabschluss	57
Hinweis zum Bestätigungsvermerk	58
Bericht des Verwaltungsrates	59

Lagebericht

Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Sparkasse Hameln-Weserbergland ist gemäß § 3 NSpG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbandes Niedersachsen (SVN), Hannover, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Hannover unter der Nummer A 100536 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband Hameln-Weserbergland, an dem der Landkreis Hameln-Pyrmont, die Stadt Hameln, die Stadt Hessisch Oldendorf und die Münchhausenstadt Bodenwerder beteiligt sind. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Hameln und ist ebenfalls Mitglied des SVN. Ausleihbezirk der Sparkasse ist das Gebiet des Landkreises Hameln-Pyrmont, der Münchhausenstadt Bodenwerder, der Amtsgerichtsbezirke Hameln, Rinteln und Holzminden (ausgenommen der Ortsteil Grave der Gemeinde Brevörde) sowie das Gebiet der ehemaligen Amtsgerichtsbezirke Bad Münder, Bad Pyrmont, Coppenbrügge, Hessisch Oldendorf, Lauenstein und Obernkirchen. Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenverband Niedersachsen und über dessen Sparkassen-Teilfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („freiwillige Institutssicherung“). Ergänzend zu den bestehenden Sicherungsmitteln wird ab 2025 ein zusätzlicher Fonds zum institutsbezogenen Sicherungssystem von den Instituten befüllt.

Die Sparkasse bietet als selbstständiges regionales Wirtschaftsunternehmen zusammen mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe Privatkunden, Unternehmen und Kommunen Finanzdienstleistungen und -produkte an, soweit das Sparkassengesetz keine Einschränkungen vorsieht. Der im Sparkassengesetz verankerte öffentliche Auftrag verpflichtet die Sparkasse, mit ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft - insbesondere des Mittelstands - und der öffentlichen Hand mit Bankdienstleistungen sicherzustellen.

Zum 31. Dezember 2023 waren 359 Mitarbeitende in der Sparkasse Hameln-Weserbergland beschäftigt, von denen 213 vollzeitbeschäftigt, 126 teilzeitbeschäftigt sowie 20 in Ausbildung waren. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Anzahl um 3,8 Prozent. Der Rückgang ist auf Renteneintritte sowie den Übergang von Beschäftigungsverhältnissen in die passive Altersteilzeitphase zurückzuführen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2023

Volkswirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft stagnierte im Jahr 2023. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wies einen Rückgang von -0,3 Prozent bzw. kalenderbereinigt von -0,1 Prozent auf. Deutschland hat sich damit insgesamt schwächer entwickelt als die Eurozone mit einem Wachstum nach IWF-Schätzung von 0,7 Prozent.

Zu Jahresbeginn 2023 herrschte noch Zuversicht, dass der erwartete Post-Corona-Aufschwung einsetzte, insbesondere nachdem die Gas-Mangellage im Winter 2022/2023 vermieden werden konnte. Diese Hoffnung erfüllte sich dann allerdings nicht. Im letzten Quartal 2023 schrumpfte sogar die Wirtschaftsleistung.

Die Ursachen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sind dabei vielfältig. Insbesondere die bis weit in das Jahr 2023 hinein auf hohem Niveau bleibende Inflation beeinträchtigte die Kaufkraft. Im Gesamtjahr betrug die Inflationsrate auf Basis des „Harmonisierten Verbraucherpreisindex“ 6,0 Prozent. Wenngleich die Nominaleinkommen der privaten Haushalte mit 5,9 Prozent zulegen konnten, so war letztlich die Konsumneigung aber gedämpft. Mit -0,8 Prozent schrumpfte der private Konsum 2023 stärker als das BIP. Die Sparquote stieg leicht um 0,2 Prozentpunkte auf 11,3 Prozent.

Der staatliche Konsum ging aufgrund der entfallenen Ausgaben für Impfstoffe und Testsets zur Bekämpfung der Corona-Pandemie um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Damit sank auch die Staatsquote als Anteil der Staatsausgaben aller staatlichen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen) am BIP mit 48,2 Prozent wieder unter die 50 Prozent-Marke.

Die Bautätigkeit in Deutschland wurde durch das erhöhte Zinsniveau stark gebremst. Zunächst wurde noch der recht gute Auftragsbestand bei begonnenen Projekten abgearbeitet. Doch das Angehen neuer Projekte kam praktisch völlig zum Erliegen, was dann 2023 zunehmend auch in der laufenden Bau-Wertschöpfung sichtbar wurde. Die Bauinvestitionen sanken im dritten Jahr in Folge, 2023 noch einmal um 2,1 Prozent. Am stärksten war der Rückgang im Wohnungsbau.

Positiv haben sich hingegen die Ausrüstungsinvestitionen entwickelt. Wenngleich auch die Zinsentwicklung die Investitionsbereitschaft gebremst hat, so dürften die Themen Klimawandel und Digitalisierung die Entwicklung unterstützt haben. Die Ausrüstungsinvestitionen konnten deshalb als einzige Verwendungskomponente des BIP 2023 um 3,0 Prozent zulegen.

Auch der Außenhandel leistete zwar einen positiven Wachstumsbeitrag. Dieses ist aber der rechnerisch saldierten Konstellation geschuldet. Die Exporte selbst sanken 2023 real um 1,8 Prozent. Die deutschen Importe, die als eine Art Vorleistung für die deutsche Volkswirtschaft mit negativem Vorzeichen in die BIP-Berechnung eingehen, sanken aber sogar um 3,0 Prozent und somit noch stärker als die Exporte.

Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich auch im Jahr 2023 als sehr robust erwiesen. Trotz recht hoher Nettozuwanderung und stagnierender Produktion hat sich die Arbeitslosenquote in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit 2023 nur moderat um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent erhöht. Der Fachkräftemangel ist in vielen Branchen zu erkennen und stellt zunehmend eine angebotsseitige Beschränkung der Wirtschaftsentwicklung dar. Die Zahl der Erwerbstätigen konnte weiter um jahresdurchschnittlich 333 Tausend Personen auf einen neuen Rekordstand von 44,9 Mio. gesteigert werden. Noch nie waren in Deutschland so viele Menschen erwerbstätig wie 2023.

Regionale wirtschaftliche Entwicklung

Der Landkreis Hameln-Pyrmont gehört mit einer Größe von 796 qkm und einer Einwohnerzahl von rund 150.000 zu den dichter besiedelten Kreisen in Niedersachsen. Der Weserraum mit der Kreisstadt Hameln als Zentrum ist eine alte Kulturlandschaft. Daher ist die Wirtschaftsstruktur, u. a. wegen des weltweit bekannten Rattenfängers und der Lage Hamelns im Weserbergland, auch durch den Fremdenverkehr geprägt.

Die Menschen in der Region arbeiten insbesondere im Dienstleistungssektor (70 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) mit Schwerpunkten im Gesundheitswesen, wozu acht Krankenhäuser und eine Vielzahl an Kur- und Rehabilitationseinrichtungen zählen sowie im Sozialwesen.

Der Wirtschaftsraum Hameln-Pyrmont ist durch eine ausgewogene mittelständische Industrie mit Handel, Handwerk, Gesundheit und Erholung gekennzeichnet. Nicht nur die zur Deutsche Bank AG gehörende BHW-Bausparkasse AG hat ihren Hauptsitz in Hameln, sondern auch moderne Forschungsinstitute, wie beispielsweise das Solarinstitut in Emmerthal oder die Klinik für Fortpflanzungsmedizin in Bad Münder sind hier angesiedelt.

Die Unternehmensstruktur in den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden ist vorwiegend geprägt durch Kleinst- und Mittelbetriebe mit maximal 250 Mitarbeitenden. Über 70 Prozent der Beschäftigten sind in entsprechenden Betrieben tätig. Bei der relativ breit gefächerten Wirtschaftsstruktur sind der Maschinenbau, die Elektronikindustrie sowie die chemische Industrie strukturbestimmende Elemente.

Der Saldo aus Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen sorgt seit 2011 für eine leicht steigende Anzahl bestehender Gewerbe im Landkreis Hameln-Pyrmont. Ein Wachstum fand zuletzt in fast allen Wirtschaftssektoren statt. Auch im Gastgewerbe wurden nach einem Rückgang im Jahr 2022 wieder mehr Gewerbe angemeldet als abgemeldet.

Gemäß einer regelmäßig durchgeführten Befragung des Arbeitgeberverbandes der Unternehmen im Weserbergland überwiegt mittlerweile wieder die Zuversicht, nachdem im Vorjahr die Sorgen aus dem Ukraine-Krieg, der Energiekrise und der Entwicklung der Erzeuger- und Verbraucherpreise die Stimmung belastet haben. So wird die Lage noch nicht wieder wie vor den Krisen bewertet, es zeigt sich jedoch, dass es weniger schlimm verlief als erwartet und viele Unternehmen mit der Geschäftslage zufrieden sind. Insbesondere das mittelständische Handwerk weist volle Auftragsbücher aus. So wollen auch acht von zehn befragten Unternehmen hier am Standort investieren. Auch die Sorgen um Infrastrukturthemen wie dem schnellen Internetanschluss scheinen für viele Unternehmen mittlerweile gelöst. Dennoch sehen die Unternehmen in den zuletzt hohen Lohnabschlüssen Herausforderungen für ihr Geschäft, ebenso wie im generellen Fachkräftemangel sowie der

bleibenden Unsicherheit zur Energieversorgung und den wachsenden bürokratischen Anforderungen.

Die angespannte Haushaltslage des öffentlichen Sektors zeigt sich auch in den hiesigen Kommunen durch gesunkene Einnahmen und gestiegene Ausgaben.

Der Arbeitsmarkt hat sich weiterhin entlang der überregionalen Tendenzen auf einem leicht höheren Niveau entwickelt. Bei der Arbeitslosenquote war im Jahr 2023 - gemessen am Dezemberwert – eine Erhöhung um 0,2 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent festzustellen. Bundesweit hat sich die Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent erhöht. Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ist leicht gesunken. Gestiegen ist hingegen die Zahl geringfügig entlohnter Beschäftigter. Auch hier bleibt der Trend bestehen, dass insbesondere im Nebenerwerb die Zahl geringfügig entlohnter Beschäftigter zunimmt.

Die Kaufkraft im Geschäftsgebiet liegt unter dem Landesdurchschnitt, hat sich zum Vorjahr aber wieder etwas verbessert.

Die Einwohnerzahl des Landkreises Hameln-Pyrmont ist in den letzten acht Jahren leicht gestiegen. Das Geschäftsgebiet weist einen im Landes- und Bundesvergleich erhöhten Bevölkerungsanteil in den Altersgruppen ab 46 und ab 65 Jahren aus. Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung für 20 Jahre zeigt nunmehr entgegen der bisherigen Trendrechnungen eine stabile bis leicht wachsende Bevölkerungsentwicklung an.

Entwicklung des Zinsniveaus und der Kapitalmärkte

Die geldpolitische Bremsung war in fast allen großen Währungen in Ausmaß und in Geschwindigkeit ohne Beispiel. Im Euroraum wurden die Leitzinsen aus dem noch bis Mitte 2022 herrschenden Negativzins heraus in nur gut einem Jahr bis zum Herbst 2023 um 450 Basispunkte erhöht. Im Jahr 2023 erhöhte sich dabei der Leitzins für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 2,5 Prozent auf 4,5 Prozent.

Die Kapitalmarktzensentwicklung folgte dieser Vorgabe weitgehend. Gegen Ende des Jahres 2023 bildeten sich am Kapitalmarkt die Renditen für lange Zinsbindungsfristen allerdings wieder zurück, als die Inflationsraten sanken und damit die Erwartung aufkam, dass erste Leitzinssenkungen nicht mehr allzu ferne sind. Gemessen an den Jahresendständen bildete sich die Umlaufrendite der zehnjährigen Bundesanleihen als Benchmark für den Euroraum-Kapitalmarkt sogar von 2,53 Prozent Ende 2022 auf 2,06 Prozent Ende 2023 zurück. Allerdings markierte der Jahreswechsel 2023/2024 den Höhepunkt der Zinssenkungsfantasie, der sich danach wieder ein Stück korrigiert hat. Über weite Teile des Jahres 2023 lagen die Kapitalmarktrenditen zunächst über dem Startniveau des Jahres. Insbesondere in den Sommermonaten bewegten sich die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen über der Marke von 2,5 Prozent, in der Spitze fast bei 3 Prozent.

Der Aktienmarkt zeigte sich gegenüber dem Vorjahr erholt. Der Dax stieg im Jahresverlauf um 20 Prozent.

Entwicklung der Kreditwirtschaft

Die Deutsche Bundesbank hat nach dem Finanzstabilitätsgesetz das Mandat, die Stabilität des deutschen Finanzsystems zu überwachen. Hierzu erstellt sie umfangreiche Analysen und erstellt eine Zusammenfassung im jährlichen Finanzstabilitätsbericht. Im aktuellen Bericht weist sie bezüglich des makrofinanziellen Umfelds auf die Zinswende und erhöhte Unsicherheiten hin.

Die Zinswende hat dabei grundsätzlich zu einer positiven Auswirkung im Finanzsektor geführt. Die Ergebnisse der Institute haben sich verbessert. Allerdings sind auch Nebeneffekte wie der Abbau von stillen Reserven bzw. der Anstieg von stillen Lasten bei Banken und Versicherern eingetreten. Zudem sind die Auswirkungen aufgrund der zeitverzögerten Zinsweitergabe im Einlagengeschäft noch nicht vollständig eingetreten, so dass die Zinsmargen mittelfristig wieder unter Druck geraten können. Zusätzlich begrenzt die geringe Kreditnachfrage die Möglichkeit zur Steigerung der Zinserträge. Weiterhin hat das veränderte Zinsumfeld auch zu fallenden Immobilienpreisen und höheren Zinslasten insbesondere im Gewerbeimmobiliensektor mit der Gefahr einer schwindenden Schuldentragfähigkeit geführt.

Die Unsicherheiten für das Finanzsystem sind vielschichtig. Zum einen folgen diese dem strukturellen Anpassungsdruck der deutschen Wirtschaft, der durch geopolitische Risiken und die Klimakrise noch verstärkt wird. In der Folge sind auch steigende Insolvenzen zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund weist die Deutsche Bundesbank auf die Notwendigkeit zur weiteren Stärkung der Kapitalausstattung und damit der Resilienz gegenüber negativen Entwicklungen hin. Die Institute sollten auch in negativen Szenarien ausreichend kapitalisiert und liquide sein, um Schocks aus eigener Kraft abfedern zu können. Ein besonderes Augenmerk legt die Deutsche Bundesbank dabei auch auf Investitionsnotwendigkeiten in die IT-Infrastruktur, um auch gegen Cyberrisiken gewappnet zu sein.

Neben diesen makrofinanziellen Entwicklungen stellen die Wettbewerbssituation sowie der Wandel der Kundenanforderungen wesentliche Rahmenbedingungen der Kreditwirtschaft dar.

Die Pandemie hat dabei den Trend zur Nutzung digitaler Bankdienstleistungen beschleunigt. Bankgeschäfte werden häufiger als zuvor online erledigt. Die Anzahl onlineorientierter Kunden, die auf allen digitalen Zugangswegen Finanzdienstleistungen nachfragen, steigt deutlich an und beeinflusst die geschäftspolitische Ausrichtung der Kreditinstitute. Immer mehr Kunden wickeln einfache Bankdienstleistungen und Produktkäufe schnell und preisgünstig online ab und informieren sich hinsichtlich komplexer Bedürfnisse im Internet und in sozialen Medien. Veränderungen sind auch in den Zahlungsgewohnheiten erkennbar. Die Quote des Einsatzes von bargeldlosem Bezahlen steigt weiter an. Daneben hält die Plattformökonomie weiteren Einzug in das Finanzwesen, was den Wettbewerb weiter verschärft.

Diese Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf die Kundenfrequenz, die Erträge und die Bedeutung der verschiedenen Vertriebskanäle, über die Dienstleistungen angeboten werden. Hierdurch werden weiter laufende Anpassungsprozesse insbesondere im digitalen und multikanal-basierten Leistungsangebot, in Vertriebswegen und in der Qualifikation der Mitarbeitenden notwendig sein.

Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2023

Im Jahr 2023 wurden verschiedenste aufsichtliche Regelungen veröffentlicht oder in Kraft gesetzt, die vor allem durch die nationale Umsetzung des EU-Bankenpakets bestimmt wurden und entsprechende Umsetzungsmaßnahmen erforderten. Unter anderem handelt es sich um folgende Neuregelungen:

Mit der im Januar 2023 in Kraft getretenen DORA-Richtlinie (Digital Operational Resilience Act) hat die EU länderübergreifende Vorgaben für den Schutz der Finanz-IT-Landschaft geschaffen, um so das bestehende europäische und nationale Regelwerk zu vervollständigen. Alle Finanzdienstleister müssen nachweisen, dass ihre Organisation über alle Ebenen und Bereiche unterschiedlichsten IKT-Krisen (Informations- und Kommunikationstechnologie) gewachsen ist und die Betriebsstabilität digitaler Systeme jederzeit sichergestellt ist.

Ende Juni 2023 hat die BaFin auf ihrer Internetseite eine novellierte Fassung ihres Rundschreibens „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ veröffentlicht. Vorrangiges Ziel dieser siebten MaRisk-Novelle ist es, die Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) für die Kreditvergabe und -überwachung umzusetzen. Sie betreffen u. a. die Prozesse im Kreditgeschäft und die Risikomanagementmodelle der Institute. Darüber hinaus hat die BaFin folgende wesentliche Aspekte angepasst oder neu in die MaRisk integriert:

- Anforderungen an den Umgang des Risikomanagements der Institute mit eigenen Immobilien,
- Erleichterungen zum Wertpapierhandel im Homeoffice,
- Vorgaben zum Thema Nachhaltigkeit.

Nach der Taxonomie-VO (Verordnung (EU 2020/852) und der hierzu im Juni 2021 veröffentlichten Ergänzung (EU 2021/2139) müssen in den Anwendungsbereich der Non Financial Directive (NFRD) fallende Unternehmen in ihrer nichtfinanziellen Berichterstattung Angaben darüber aufnehmen, wie und in welchem Umfang die Tätigkeiten des Unternehmens mit Wirtschaftstätigkeiten verbunden sind, die als ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten gemäß der Taxonomie-VO einzustufen sind. Mitte Dezember 2023 wurden die ersten zwölf Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung im EU-Amtsblatt veröffentlicht.

Die Umsetzung der Neuregelungen erfordert in der Kreditwirtschaft einen hohen Zeitaufwand und bindet Mitarbeiterkapazitäten.

Bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren

Die folgenden bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren dienen der internen Steuerung der Sparkasse und fließen in die Berichterstattung ein:

Bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren	
1. Betriebsergebnis vor Bewertung	
2. Kernkapitalquote	
3. Wirtschaftliche Eigenkapitalquote	
Erläuterungen:	
zu 1 Betriebsergebnis vor Bewertung: Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)	
Zu 2 Kernkapitalquote: Verhältnis des Kernkapitals bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) gem. CRR	
Zu 3 Wirtschaftliche Eigenkapitalquote: Verhältnis des Kernkapitals gemäß CRR und nicht angerechnete Vorsorgereserven gem. § 340f HGB bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte	

Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

	2023	2022	Veränderungen 2023		Anteil in % Bilanzsumme
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Prozent	Prozent
Geschäftsvolumen	2.635,0	2.897,8	-262,8	-9,1%	
Bilanzsumme	2.613,2	2.875,3	-262,1	-9,1%	
Barreserve	195,5	426,3	-230,8	-54,1%	7,5%
Forderungen an Kreditinstitute	94,0	98,0	-4,0	-4,1%	3,6%
Kundenkreditvolumen	1.670,0	1.643,6	26,4	1,6%	63,9%
Wertpapieranlagen	638,2	693,3	-55,1	-7,9%	24,4%
Anteilsbesitz	18,9	15,4	3,5	23,0%	0,7%
Sachanlagen	14,2	16,2	-2,0	-12,3%	0,5%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	166,9	362,0	-195,1	-53,9%	6,4%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.123,5	2.190,5	-67,0	-3,1%	81,3%
Rückstellungen	58,9	57,7	1,2	2,2%	2,3%
Eigenkapital (inkl. Fonds für allgemeine Bankrisiken)	243,6	225,0	18,6	8,2%	9,3%

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Das **Geschäftsvolumen** (Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten) hat sich von 2.897,8 Mio. Euro auf 2.635,0 Mio. Euro verringert.

Die **Bilanzsumme** sank um 262,1 Mio. Euro bzw. 9,1 Prozent auf 2.613,2 Mio. Euro.

Der Rückgang der Bilanzsumme ist Folge rückläufiger Bestände der Barreserve und der Wertpapieranlagen sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten planmäßig reduziert wurden, führte die Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zu einem höher als erwarteten Rückgang der Bilanzsumme.

Aktivgeschäft

Die **Barreserve** verringerte sich um 230,8 Mio. Euro bzw. 54,1 Prozent auf 195,5 Mio. Euro. Ursächlich waren verringerte kurzfristige Anlagen überschüssiger Liquidität bei der Deutschen Bundesbank.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** reduzierten sich leicht um 4,0 Mio. Euro auf 94,0 Mio. Euro.

Das **Kundenkreditvolumen** (Aktiva 4 und 9 zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten) hat sich um 26,4 Mio. Euro bzw. 1,6 Prozent auf 1.670,0 Mio. Euro ausgeweitet.

Sowohl die Kredite an Privatkunden als auch die gewerblichen Kredite (inkl. Schuldscheindarlehen) konnten ausgeweitet werden. Zum Wachstum haben dabei auch Auszahlungen von in Vorjahren zugesagter Kredite beigetragen. Daneben wurden die Kredite an öffentliche Haushalte ausgeweitet. Das Bestandswachstum fiel im Rahmen der Erwartung aus.

Die im zweiten Halbjahr 2022 begonnene Verringerung der Kreditnachfrage hat sich durch die volkswirtschaftlichen Entwicklungen und der Verteuerung der Finanzierungskosten im Zuge des Zinsanstiegs auch im Jahr 2023 fortgesetzt. Im Gesamtjahr wurden Neugeschäfte von 182 Mio. Euro abgeschlossen (Vorjahr 276 Mio. Euro).

Das Wachstum der Kreditbestände vollzog sich überwiegend im langfristigen Bereich.

Die **Wertpapieranlagen** (Aktiva 5 und 6) dienen der Liquiditätsreserve sowie der langfristigen Anlage des Sparkassenvermögens. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bestand durch Bestandsreduzierungen um 55,1 Mio. Euro bzw. 7,9 Prozent auf 638,2 Mio. Euro verringert.

Die Wertpapiere der Bilanzposition 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere entfallen weiterhin überwiegend auf Schuldverschreibungen von Gebietskörperschaften und Kreditinstituten sowie auf Pfandbriefe. Die Bestände von Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhalten weiterhin einen Spezialfonds mit Anlageschwerpunkten in Unternehmensschuldverschreibungen europäischer Unternehmen und Aktienfonds sowie einen Immobilien-Spezialfonds.

Der **Anteilsbesitz** der Sparkasse (Aktiva 7 und 8) hat sich um 3,5 Mio. Euro auf 18,9 Mio. Euro erhöht. Veränderungen ergaben sich ausschließlich bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen in Folgen von Eigenkapitalzuführungen sowie Abschreibungen.

Die **Sachanlagen** reduzierten sich insbesondere im Zuge von Grundstücksverkäufen und Abschreibungen um 2,0 Mio. Euro auf 14,2 Mio. Euro.

Passivgeschäft

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verringerten sich insbesondere aufgrund von planmäßigen Rückführungen von langfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG III) der Deutschen Bundesbank um 195,1 Mio. Euro auf 166,9 Mio. Euro.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** verringerten sich um 67,0 Mio. Euro bzw. 3,1 Prozent auf 2.123,5 Mio. Euro. Zum einen gestaltete sich die Spartätigkeit der Kunden verhalten. Zum anderen ist im Jahr 2023 aufgrund der Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen ein intensiver Wettbewerb um Kundeneinlagen entstanden. Das erwartete Einlagenwachstum ist insofern nicht eingetreten.

In der Bestandsentwicklung waren deutliche Verschiebungen zu erkennen. So stieg insbesondere die Nachfrage nach Produkten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist, schwerpunktmäßig zeigten dabei die Produkte Sparkassenbrief und das gewerbliche und private Kündigungsgeldkonto deutliche Zuwächse. Sowohl die Spareinlagen als auch die täglich fälligen Einlagen waren dagegen rückläufig.

Die **nachrangigen Verbindlichkeiten** haben sich durch Fälligkeiten von 30,3 Mio. Euro auf 10,3 Mio. Euro reduziert.

Dienstleistungsgeschäft

Im Dienstleistungsgeschäft haben sich im Jahr 2023 folgende Schwerpunkte ergeben:

Der Bestand an **Girokonten** konnte im Jahresverlauf um 412 Stück auf 83.833 Konten gesteigert werden.

Im **Wertpapiergeschäft** hat sich vor dem Hintergrund des gestiegenen Zinsniveaus insbesondere ein höheres Kundeninteresse an verzinslichen Produkten gezeigt. In der Folge sind die Wertpapierumsätze um 29 Prozent auf 309,8 Mio. Euro angestiegen. Die Umsätze mit Investmentfonds und Aktien verliefen weitestgehend auf dem Vorjahresniveau. Der Nettoabsatz war mit 80,5 Mio. Euro leicht geringer als im Vorjahr (84,7 Mio. Euro).

Der Absatz von **Lebens- und Rentenversicherungen** verringerte sich mit einem vermittelten Volumen von 11,4 Mio. Euro um 10 Prozent. Das **Sachversicherungsgeschäft** verlief gemessen an der vermittelten Beitragssumme auf dem Vorjahresniveau.

An **Bausparverträgen** wurde insgesamt 658 Stück abgeschlossen, was einem Rückgang von 8 Prozent entspricht. Das vermittelte Volumen sank um 14 Prozent auf 39 Mio. Euro. Die durchschnittliche Bausparsumme sank von 64 TEUR auf 59 TEUR.

Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienen ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

Investitionen, wesentliche Baumaßnahmen und technische Veränderungen

Im Berichtsjahr wurde die Neuordnung des SB-Geschäftsstellennetzes weitergeführt. Unter Nutzungs- und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und zur Reduzierung von möglichen Schäden in Folge von Geldautomatensprengungen wurden an weiteren Standorten eigenständige Selbstbedienungseinrichtungen als Ersatz für die bisherigen Selbstbedienungsgeschäftsstellen errichtet. Mit dieser Infrastruktur bietet die Sparkasse ihren Kunden auch weiterhin ein umfassendes Selbstbedienungsangebot an. Gleichzeitig wurde die Kooperation mit örtlichen Kreditinstituten im Bereich der wechselseitigen Bargeldversorgung der Kunden gestärkt. Zusätzlich wurden aktive und passive Schutzmaßnahmen in den Beratungszentren erneuert und verstärkt, um Gebäude, Mitarbeiter und eventuelle Mieter noch besser zu schützen. Das Gesamtprojekt wird voraussichtlich im Jahr 2024 abgeschlossen sein.

Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Sparkasse ist gekennzeichnet durch einen Anteil des Kundenkreditvolumens von 63,9 Prozent, der Wertpapieranlagen von 24,4 Prozent sowie der Kundeneinlagen von 81,3 Prozent an der Bilanzsumme.

Im Vergleich zum Vorjahr hat der Rückgang der Barreserve die Struktur der Aktivseite beeinflusst. So erhöhte sich in der Folge der Strukturanteil der Kundenkredite um 6,7 Prozentpunkte, während sich der Anteil der Barreserve um 7,3 Prozentpunkte verringerte. Innerhalb der Passivseite hat sich die Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewirkt. Die Verbindlichkeiten gegen Kreditinstitute sind um 6,2 Prozentpunkte gesunken und der Strukturanteil der Kundeneinlagen ist um 5,1 Prozent gestiegen.

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss, Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, zu entnehmen. Für besondere Risiken des Geschäftszweigs wurde zusätzlich Vorsorge getroffen. Stille Lasten bestehen bei den im Anlagevermögen gehaltenen Wertpapieren.

Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage erhöhte sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns des Jahres 2022 von 176,9 Mio. Euro auf 177,9 Mio. Euro. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über weitere aufsichtliche Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB von 47,1 Mio. Euro auf 64,1 Mio. Euro erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote gem. Art. 92 CRR übertrifft am 31. Dezember 2023 mit 15,1 Prozent (im

Vorjahr 15,5 Prozent) die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen von 8,0 Prozent gemäß der CRR zuzüglich SREP-Zuschlag, antizyklischem Kapitalpuffer, Kapitalerhaltungspuffer sowie Eigenmittelempfehlung. Die anrechnungspflichtigen Positionen zum 31. Dezember 2023 betragen 1.557,2 Mio. Euro und die aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenmittel 234,4 Mio. Euro.

Die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich. Die Kernkapitalquote beläuft sich zum 31. Dezember 2023 auf 14,4 Prozent der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR.

Die beiden wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren Kernkapitalquote sowie wirtschaftliche Eigenkapitalquote haben sich im Geschäftsjahr leicht verringert bzw. nicht verändert. Sie liegen leicht oberhalb des Planwertes.

Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2023 9,0 Prozent und liegt damit deutlich über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 Prozent.

Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine solide Eigenmittelbasis. Auf Grundlage der Kapitalplanung bis zum Jahr 2027 ist auch weiterhin eine Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung als Basis für die Umsetzung der Geschäftsstrategie vorhanden.

Die Vermögenslage der Sparkasse ist geordnet.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2023 aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote LCR lag mit 1,52 bis 1,88 durchgängig über der geforderten Mindestgröße von 1,0. Am Ende des Geschäftsjahres betrug sie 1,68.

Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio - NSFR) lag innerhalb einer Bandbreite von 124,32 Prozent bis 128,82 Prozent; damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100 Prozent eingehalten.

Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben wurde in der erforderlichen Höhe bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Die eingeräumten Kredit- bzw. Dispositionslinien bei der Norddeutschen Landesbank wurden teilweise in Anspruch genommen. An den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG III) der Europäischen Zentralbank wurde teilgenommen.

Nach der Finanzplanung ist die Zahlungsfähigkeit auch für die absehbare Zukunft gesichert.

Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als günstig.

Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung haben sich wie folgt entwickelt:

Im Geschäftsjahr erhöhte sich der **Zinsüberschuss** (Saldo aus GV-Posten 1- 4) insgesamt um 4,3 Mio. Euro bzw. 10,3 Prozent auf 46,7 Mio. Euro. Ursächlich war das gestiegene Zinsniveau, das sowohl zu höheren Zinserträgen als auch zu höheren Zinsaufwendungen geführt hat. Die Zinserträge sind dabei um 11,9 Mio. Euro angestiegen. Die Zinsaufwendungen haben sich um 6,8 Mio. Euro erhöht. Die vorgenommenen Zinsanpassungen der Kundeneinlagen haben sich dabei noch nicht auf ein volles Kalenderjahr ausgewirkt. Die Erträge aus den Spezialfondsanlagen (GV-Position 3) waren leicht rückläufig. Darüber hinaus haben sich die Erträge aus Gewinngemeinschaften (GV-Position 4) um 0,5 Mio. Euro verringert.

Der **Provisionsüberschuss** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent bzw. 0,3 Mio. Euro auf 19,7 Mio. Euro erhöht. Während der Provisionsaufwand unverändert bleibt, ist der Provisionsertrag um 0,3 Mio. EUR angestiegen. Es konnten insbesondere steigende Erträge aus dem Giroverkehr erzielt werden.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** haben sich von 6,4 Mio. Euro auf 3,2 Mio. Euro verringert. Ursächlich waren vor allem erhöhte Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Geschäftsjahr 2022 mit Einmalcharakter.

Der **Verwaltungsaufwand** (einschließlich der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen) hat sich um 1,4 Mio. Euro bzw. 3,1 Prozent auf 44,4 Mio. Euro ausgeweitet. Dabei ist der Personalaufwand (Posten 10a) um 0,8 Mio. Euro und der Sachaufwand (GV-Positionen 10b und 11) um 0,4 Mio. Euro gestiegen. Zum Anstieg des Personalaufwands haben insbesondere steigende soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge beigetragen. Der Anstieg des Sachaufwands ist sowohl auf höhere IT-Aufwendungen als auch auf höhere Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen zurückzuführen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** haben sich von 0,8 Mio. Euro auf 1,3 Mio. Euro erhöht. Ursächlich sind Veränderungen von Rückstellungen für Altersteilzeitverträge bzw. Ruhestandsregelungen.

Das **Bewertungsergebnis** (GV-Positionen 13-16) hat sich mit einem positiven Wert von 0,5 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahreswert von -19,2 Mio. Euro signifikant verbessert gezeigt. Während im Geschäftsjahr 2022 ein deutlich negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft in Folge des massiven Marktzinsanstiegs zu verzeichnen war, haben sich im Geschäftsjahr 2023 die Wertpapierkurse durch das zum Bilanzstichtag gesunkene Zinsniveau sowie Restlaufzeitverkürzungen teilweise erholt. In der Folge waren Zuschreibungen und ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft zu verzeichnen. Der Bewertungsbedarf im Kreditgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht, lag aber unter den statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten.

In geringerer Höhe als im Kreditgeschäft lagen Bewertungserfordernisse in den Beteiligungen vor.

Darüber hinaus wurden im Vorjahr genutzte Reserven wieder aufgefüllt.

Dem **Fonds für allgemeine Bankrisiken** konnte ein Betrag von 17,0 Mio. Euro zugeführt werden.

Der **Steueraufwand** hat sich von 3,9 Mio. Euro auf 5,9 Mio. Euro erhöht.

Die gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,06 Prozent.

Die Sparkasse setzt zur Planung und Berichterstattung, der internen Steuerung sowie zu überbetrieblichen Vergleichen der Ertragslage den sog. „Betriebsvergleich“ der Sparkassenorganisation ein. Dem Betriebsvergleich liegt eine betriebswirtschaftliche Betrachtung der Erfolge aus dem Sparkassengeschäft zugrunde, in der Erfolge des laufenden Jahres dann dem Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit zugeordnet werden, wenn diese keinen periodenfremden oder einmaligen Charakter haben. Liegen periodenfremde oder einmalige Erfolgswirkungen vor, werden diese im Betriebsvergleich dem sog. neutralen Ergebnis zugeordnet. Die vorgesehene Gliederung der Aufwands- und Ertragspositionen weicht daher teilweise von dieser Betrachtung ab.

Gewinn- und Verlustrechnung	GV-Posten	2023 Mio. Euro	Überleitung	2023 Mio. Euro	Betriebsvergleich
Zinsüberschuss (einschließlich lfd. Ertrag)	1 bis 4	46,7	0,4	47,1	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss	5,6	19,7	0,0	19,7	Provisionsüberschuss
Sonstige betriebliche Erträge	8	3,2	-2,1	1,1	Sonstige ordentliche Erträge
Personalaufwand	10a	28,4	-1,3	27,1	Personalaufwand
Sachaufwand	10b, 11	16,1	-0,9	15,2	Sachaufwand
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12, 17	1,3	-1,0	0,3	Sonstiger ordentlicher Aufwand
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge		23,9	1,4	25,3	Betriebsergebnis vor Bewertung
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge ¹⁾	13 bis 16 und 18	16,5	-0,2	16,3	Bewertungsergebnis ¹⁾
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	19	7,4	1,6	9,0	Betriebsergebnis nach Bewertung

¹⁾ Einschließlich der Veränderungen des Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB sowie der Vorsorgereserven gem. § 340f HGB

Die wesentlichen Gründe für die **Abweichung** sind nachfolgend dargestellt.

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind im Posten sonstige betriebliche Erträge Auflösungen von Rückstellungen mit Einmalcharakter sowie Veräußerungsgewinne von Grundstücken und Gebäuden enthalten. In der Darstellung des Betriebsvergleichs werden diese als Teil des neutralen Ertrags dargestellt.

Im Personalaufwand werden insbesondere Veränderungen von Pensions- und Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger dem neutralen Ergebnis zugeordnet.

Die Überleitung beim Sachaufwand betrifft insbesondere Bewertungserfordernisse der Grundstücke und Gebäude.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen die Umsetzungen in den sonstigen ordentlichen Aufwand insbesondere Rückstellungen für Altersteilzeitverträge bzw. Ruhestandsregelungen.

Auf dieser Basis hat sich der **Zinsüberschuss** mit 11,5 Prozent deutlicher erhöht als erwartet. Ursächlich waren insbesondere die Entwicklungen der Zinserträge sowie der Zinserträge aus den Zinsswaps im Zuge des gegenüber der Erwartung höheren Anstiegs der Leitzinsen bzw. der Geldmarktzinsen. Die Zinsaufwendungen haben sich erwartungsgemäß erhöht.

Der **Provisionsüberschuss** konnte entgegen der Erwartung um 1,7 Prozent ausgeweitet werden. Gegenüber der Planung konnte das Niveau der Wertpapiererträge annähernd gehalten werden und die Erträge aus dem Giroverkehr wurden gesteigert.

Der Anstieg des **Personalaufwands** verlief etwas geringer als erwartet. Der **Sachaufwand** konnte gegenüber dem Vorjahreswert stabil gehalten werden und hat sich damit nicht wie geplant ausgeweitet. Insgesamt sind die Verwaltungsaufwendungen, als Summe aus dem Personalaufwand, dem Sachaufwand und dem sonstigen ordentlichen Aufwand, nur leicht um 1,4 Prozent gestiegen. Dem erwarteten Anstieg von 4,8 Prozent konnte damit entgegengewirkt werden.

Das **Betriebsergebnis vor Bewertung** konnte vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen mit einem Wert von 0,97 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme den Planwert von 0,72 Prozent deutlich übertreffen. Gegenüber dem Vorjahreswert von 0,72 Prozent konnte das Ergebnis ebenfalls gesteigert werden. In der absoluten Betrachtung wurde ein Betriebsergebnis vor Bewertung von 25,3 Mio. Euro erzielt, was einem Anstieg von 21,9 Prozent entspricht.

Die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Kennzahl **Cost-Income-Ratio** (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen) hat sich im Berichtsjahr von 66,7 auf 62,6 Prozent verbessert. Der im Vorjahr prognostizierte Wert von 69,3 Prozent konnte damit unterschritten werden.

Das **Bewertungsergebnis** in Höhe von 16,3 Mio. Euro ist maßgeblich durch die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB in Höhe von 17,0 Mio. Euro bestimmt. Innerhalb des Bewertungsergebnisses stellen sich gegenüber der Planung sowohl das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft als auch das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft besser dar. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft lag dabei unter der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeit. Damit ist auch der eingeplante mögliche zusätzliche Bedarf an Risikovorsorge aufgrund des erwarteten unsicheren Umfelds nicht eingetreten. Im Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft hat das insbesondere zum Bilanzstichtag gesunkene Zinsniveau für positive Kursentwicklungen gesorgt. Da in der Planung eine Seitwärtsentwicklung der Marktzinsen unterstellt wurde, stellt sich das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft besser als geplant dar.

Bei herausfordernden konjunkturellen Rahmenbedingungen, weiteren Leitzinserhöhungen und einem intensiven Wettbewerb kann die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung im Jahr 2023 als erfreulich beurteilt werden. Der Zinsüberschuss ist deutlich gestiegen, der Provisionsüberschuss konnte weiter ausgeweitet werden und die Aufwendungen haben sich insgesamt nur moderat verändert. In Folge des Anstiegs des

Betriebsergebnis vor Bewertung sowie geringe Bewertungserfordernisse konnte der Fonds für allgemeine Bankrisiken deutlich gestärkt werden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen beurteilt die Sparkasse die Ertragslage als günstig.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und Lage

In der Geschäftsentwicklung der Sparkasse haben sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen niedergeschlagen. Trotz des deutlichen Nachfragerückgangs im Kreditneugeschäft konnte das Kreditvolumen leicht ausgeweitet werden. Das gestiegene Zinsniveau hat im Wertpapiergeschäft zu einem höheren Interesse an zinsabhängigen Wertpapieren geführt. Das Mittelaufkommen von Kunden war hingegen rückläufig. Insgesamt kann die Geschäftsentwicklung als zufriedenstellend beurteilt werden.

Die Ertragslage erlaubt eine deutliche Stärkung des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Nachtragsbericht gemäß § 285 Nr. 33 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2023 haben sich nicht ergeben.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit (**ökonomische Perspektive**) und einer Kapitalplanung (**normative Perspektive**) ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests, und es erfolgt eine prozessuale Verknüpfung mit den Strategien, der Risikoinventur und der Risikoberichterstattung. Erstmals zum 31. März 2023 wurden damit fristgerecht die Anforderungen der am 24. Mai 2018 veröffentlichten aufsichtlichen Leitlinien an bankinterne Risikotragfähigkeitskonzepte umgesetzt.

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele der Sparkasse für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Die **Risikoinventur** umfasst die systematische Identifizierung der Risiken sowie die Einschätzung der Wesentlichkeit unter Berücksichtigung der mit den Risiken verbundenen Risikokonzentrationen. Basis der Risikoinventur bilden die relevanten Risikoarten bzw. -kategorien.

Auf Grundlage der für das Geschäftsjahr 2023 durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiken	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Aktienrisiko
	Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiken	
Liquiditätsrisiken	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelle Risiken	

Darüber hinaus sind das Provisionsrisiko und das Kostenrisiko in der normativen Perspektive wesentlich.

Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten wurden Indikatoren abgeleitet, die auf quantitativen oder qualitativen Merkmalen basieren.

Ziel der Ermittlung der **Risikotragfähigkeit** in der **ökonomischen Perspektive** ist die Gewährleistung des **Gläubigerschutzes**. Die Sparkasse ermittelte zum 31. Dezember 2023 ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von 333,4 Mio. Euro. Das daraus abgeleitete Gesamtlimit von 184,0 Mio. Euro wurde auf die wesentlichen Risiken verteilt und so bemessen, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Im Berichtszeitraum wurde zum 30. September 2023 in Folge neuer Risikoparameter insbesondere für die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken das Teillimit für das Renditerisiko, welches das Zinsänderungs- und das Spreadrisiko limitiert, überschritten. Als Reaktion hierauf wurden die Limite neu ausgerichtet. Die bereitgestellten Limite für die wesentlichen Risikoarten reichten sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Die Sparkasse berücksichtigt innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen und Spreads risikomindernde Diversifikationseffekte.

Das auf der Grundlage des Gesamtlimits eingerichtete Limitsystem stellt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

Risikoart	Risikokategorie	Limit		
		Mio. Euro	Mio. Euro	%
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft	18,0	17,0	95%
	Eigengeschäft	11,0	7,0	64%
Marktpreisrisiken	Renditerisiko (Zinsänderungsrisiko und Spreadrisiko)	84,0	64,4	77%
	Aktienrisiko	8,0	7,8	97%
	Immobilienrisiko	30,0	25,0	85%
Beteiligungsrisiken		7,5	5,1	68%
Operationelle Risiken		15,5	12,0	78%
Liquiditätsrisiken	Refinanzierungskostenrisiko	10,0	9,3	93%
Risikotragfähigkeitslimit/Gesamtrisiko		184,0	148,1	81%

Die zuständigen Bereiche steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Ziel der Ermittlung der **Risikotragfähigkeit** in der **normativen Perspektive** ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter **Kapitalplanungsprozess** bis zum Jahr 2027. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, wurden Annahmen über die

künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario, für ein adverses Szenario sowie weitere Szenarien getroffen.

In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung und die Eigenmittelempfehlung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum von vier Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Gleiches gilt im Falle der Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem jedoch nur die harten Mindestkapitalanforderungen zwingend einzuhalten sind.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (**Validierung**).

Die Sparkasse setzt zur **Steuerung** der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswapgeschäften ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeitsrechnung durchgeführt. Ziel ist die Abbildung außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse über Szenario- und Sensitivitätsanalysen. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch in den Stresstests die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Die **turnusmäßige Risikoberichterstattung** an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht und ergänzende Berichte zu den wesentlichen Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (**Interne Kontrollverfahren**) dienen neben eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Die **Risikocontrolling-Funktion**, die aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Der Risikocontrolling-Funktion obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet sie die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Sie unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die für die Überwachung

und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird im Wesentlichen durch die Mitarbeitenden der Organisationseinheit Risikocontrolling wahrgenommen.

Die **Compliance-Funktion** wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die Sparkasse wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hin. Ferner hat sie den Vorstand hinsichtlich der Einhaltung dieser rechtlichen Regelungen und Vorgaben zu unterstützen und zu beraten.

Die **Interne Revision** prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in **neuen Produkten oder auf neuen Märkten** (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, der durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich des Ausfalls eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt.

Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht.

Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert hat.

Das Länderrisiko umfasst neben dem bonitätsinduzierten Länderrisiko auch das politische Risiko, z. B. aus einem Transferstopp. Das Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein sonstiger Schuldner sein, der seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Adressenausfallrisiken Kundengeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avale (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die Steuerung des Adressenrisikos im Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldiensttragfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio. Einzelfälle, die diese Obergrenze überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung der Adressenausfallrisiken für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Zum 31. Dezember 2023 wurden etwa 53 Prozent der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen vergeben, 42 Prozent an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen und 5 Prozent an öffentliche Haushalte.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Schwerpunkte bilden mit 11 Prozent die Ausleihungen an die Branche Grundstücks- und Wohnungswesen und mit 9 Prozent die Ausleihungen an das verarbeitende Gewerbe.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. Zum 31. Dezember 2022 entfallen 57 Prozent des Kreditgeschäftes auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von weniger als 0,75 Mio. Euro. Die Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von 5 Mio. Euro und mehr betragen 17 Prozent.

Die Kreditrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt.

Zum 31. Dezember 2023 entfallen vom gesamten Bruttokundenkreditvolumen 96 Prozent auf Kredite ohne erkennbare besondere Risiken (Ausfallwahrscheinlichkeiten < 4 Prozent). Die Anteile der Kredite mit erhöhten Risiken (Ausfallwahrscheinlichkeiten > 4 Prozent) betragen 3 Prozent und mit Ausfallrisiken 1 Prozent.

Risikokonzentrationen bestehen im ungedeckten Kreditportfolio in der Branche Grundstücks- und Wohnungswesen. Um Risikokonzentration zu begrenzen, wird der maximale Strukturanteil einer Branche in der Risikostrategie grundsätzlich auf 10 Prozent festgelegt. Aufgrund der breiten Streuung sowohl hinsichtlich der Nutzungsarten als auch der einzelnen Objekte wird ein erhöhter Anteil in der Branche Grundstücks- und Wohnungswesen akzeptiert.

Insgesamt ist die Sparkasse der Auffassung, dass das Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratingklassen gut diversifiziert ist.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Für latente Risiken im Forderungsbestand wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bestand an Risikovorsorge (EWB, Rückstellungen und PWB) von 9,9 Mio. Euro um 1,8 Mio. Euro auf 11,7 Mio. Euro erhöht. Maßgeblichen Einfluss hatte die Veränderung des Bestandes an Einzelwertberichtigungen (EWB). Die Zuführungsnotwendigkeiten übertrafen die Auflösungen nicht benötigter EWB sowie die Abschreibungen von EWB per Saldo um 0,7 Mio. Euro. Die Rückstellungen sowie deren Veränderungen sind von untergeordneter Bedeutung. Die Pauschalwertberichtigungen wurden nach dem erwarteten Verlust, der sich über einen Betrachtungszeitraum von 12 Monaten ergibt, gem. IDW RS BFA 7 gebildet. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine Zuführung von 0,8 Mio. Euro.

Adressenausfallrisiken Eigengeschäft

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines Verlustes, der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultieren kann.

Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungs-, ein Vorleistungs- und ein Erfüllungsrisiko.

Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Wertpapierarten, der Bonitäten, der Länder sowie des Risikos der Engagements. Die Anlagerichtlinien der Spezialfonds operationalisieren bzw. ergänzen die strategischen Vorgaben hinsichtlich Anlageuniversum, Größenklassen und Bonitäten.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von risikoorientierten Limiten und Volumenslimiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Übergeordnete Volumenslimite im Fall von Überschneidungen von Adressenausfallrisiken des Eigen- und des Kundengeschäftes
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigenen Analysen
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens
- Berechnung des Adressenausfallrisikos für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag:

	2023 Mio. Euro	2022 Mio. Euro
Schuldscheindarlehen an Kreditinstitute	75,1	72,6
Anleihen und Schuldverschreibungen	344,0	367,7
Wertpapier-Spezialfonds	293,5	324,8
Sonstige Investmentfonds	0,7	0,8
	713,3	765,9

Zum 31. Dezember 2023 weisen 76 Prozent der Eigenanlagen ein Rating im Bereich des Investment Grades auf. Der Anteil der Non-Investment-Grade-Anlagen beträgt 2 Prozent. Für 22 Prozent der Anteile der Eigenanlagen liegt kein Rating vor. Hierbei handelt es sich insbesondere um Anlagen im Immobilien-Spezialfonds, bei denen Marktpreisrisiken im Vordergrund stehen.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der vereinbarten Anlagerichtlinien für Spezialfonds. Der Anlageausschuss hat die Aufgabe, den Vorstand bei der Umsetzung der Strategie zu unterstützen.

Marktpreisrisiko aus Zinsen (Zinsänderungsrisiko)

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. In einer periodischen Sicht bzw. in der normativen Perspektive können sich Veränderungen im Zinsüberschuss, im Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie einer Bildung bzw. Veränderung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. ergeben. Schwankungen im Zinskonditionsbeitrag sind in die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos in der normativen Perspektive integriert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Zinsszenarien mittels der IT-Anwendung „Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus“, Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der drei Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risks auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „MPR“
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Aufbereitung der Cashflows für die Berechnung von wertorientierten Kennzahlen zu Risiko und Ertrag sowie des Zinsrisikokoeffizientens und des Frühwarnindikators gemäß § 25a Abs. 2 KWG und BaFin-Rundschreiben 6/2019

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung wurden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Bei den Auswirkungen eines Zinsschocks um + bzw. - 200 Basispunkte auf den Barwert der zinstragenden Geschäfte des Anlagebuches ergibt sich bei einer Zinssenkung ein barwertiger Vermögensanstieg von 34,8 Mio. Euro. Der Wert entspricht 14,8 Prozent der Eigenmittel. Bei einem simulierten Zinsanstieg liegt ein barwertiger Vermögensrückgang von 33,0 Mio. Euro vor, was einem Verhältnis von 14,1 Prozent zu den Eigenmitteln entspricht.

Konzentrationen bestehen beim Zinsänderungsrisiko hinsichtlich der Laufzeitenstruktur im Cashflow-Profil der Sparkasse. Die Konzentration wird derzeit bewusst akzeptiert.

Marktpreisrisiko aus Spreads (Spreadrisiko)

Das Spreadrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread die Differenz zu einer risikolosen Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Spreadszenarien mittels der IT-Anwendung / SimCorp Dimension („SCD“) „Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus“
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risks auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Begrenzung durch Anlagerichtlinien für die Spezialfonds hinsichtlich Anlageuniversum, Bonitäten und Restlaufzeiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens

Konzentrationen bestehen beim Spreadrisiko hinsichtlich des Risikobeitrags der Anleihen und Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten (Financials) mit einem Rating von A. Das Risiko wird derzeit akzeptiert.

Marktpreisrisiko aus Aktien (Aktienrisiko)

Das Aktienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Szenarien
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „MPR“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Begrenzung durch Anlagerichtlinien für die Spezialfonds hinsichtlich Anlageuniversum
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens

Aktien werden in einem überschaubaren Umfang ausschließlich in den Spezialfonds gehalten.

Marktpreisrisiko aus Immobilien (Immobilienrisiko)

Das Immobilienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Marktwerten aus Immobilien ergibt. Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen als auch indirekte Investitionen.

Im Mittelpunkt stehen Risiken aus Immobilienfondspositionen. Immobilien im Eigenbestand werden in einem überschaubaren Umfang gehalten.

Die Steuerung des Immobilienrisikos aus Fonds erfolgt insbesondere durch strategische Leitplanken für die regionale und sektorale Verteilung sowie ergänzende Vorgaben hinsichtlich Restlaufzeiten von Mietverträgen und Vermietungsquoten.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Szenarien
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risks auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „caballito“
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens

Konzentrationen bestehen hinsichtlich einer Nutzungsart-/Länderverteilung. Unter dem Aspekt der breiten Streuung auf Objekte und Standorte innerhalb der betroffenen Nutzungsart sowie der im Einzelfonds beinhalteten Vielzahl an Objekten besteht kein weiterer Handlungsbedarf.

Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus einer Beteiligung (Beteiligungsrisiko) umfasst die Gefahr eines Verlustes durch eine negative Wertänderung einer Beteiligung. In der normativen Perspektive besteht zudem das Risiko von geringer als erwarteten Erträgen (Ausschüttungen).

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen.

Die Steuerung der Beteiligungsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Sparkassenverbandes Niedersachsen für die Verbundbeteiligungen
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risks auf Basis einer Szenarioanalyse
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen
- Regelmäßige qualitative Beurteilung der Unternehmensentwicklung, der strategischen Ausrichtung sowie der Marktstellung des jeweiligen Beteiligungsunternehmens
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente:

	2023 Mio. Euro
Verbundbeteiligungen	7,3
Funktionsbeteiligungen	9,7
Sonstige strategische Beteiligungen	1,9

Vor dem Hintergrund der Verbindung zur Norddeutschen Landesbank als Geschäftspartner und Dienstleister wird diese als Risikokonzentration angesehen. Die Zuständigkeit für steuernde Maßnahmen obliegt den zuständigen Gremien des Sparkassenverbandes Niedersachsen bzw. der Norddeutschen Landesbank.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungskostenrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko bildet die Gefahr ab, dass die Refinanzierungskosten über der in der Planung angesetzten Höhe liegen. Dies kann auf der Schwankung des institutseigenen Spreads sowie aus der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Perspektive ergibt sich aus der negativen Veränderung des Liquiditätsbeitrages aufgrund von marktbedingten Spreadschwankungen.

In der normativen Perspektive wird die GuV-Auswirkung des Refinanzierungskostenrisikos in Form höherer Zinsaufwendungen abgebildet. Aufgrund des Einflusses von Bilanzbeständen und der Zinsentwicklung wird das Refinanzierungskostenrisiko zusammen mit dem Zinsänderungsrisiko betrachtet.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der LCR
- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der strukturellen Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR)

- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risks auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung „RKR“
- Regelmäßige Überwachung der Fundingkonzentration zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtfinaanzierung
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert werden.

Die Survival Period der Sparkasse beträgt im kombinierten Stresstest zum Bilanzstichtag 5 Monate.

Konzentrationen bestehen bei dem Liquiditätsrisiko in dem hohen Bestand an täglich fälligen Kundeneinlagen als Refinanzierungsquelle. Zur Begrenzung der Risiken dieser Konzentration unterhält die Sparkasse Wertpapiieranlagen als Liquiditätsreserven. Darüber hinaus werden regelmäßig Stresstests durchgeführt, um die Auswirkungen eines kurzfristigen Bestandsrückgangs der Sichteinlagen zu analysieren. Daneben bestehen Konzentrationen im Rahmen der ökonomischen Perspektive innerhalb von einzelnen Laufzeitbändern des Refinanzierungskostenrisikos. Diese werden derzeit akzeptiert.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken versteht die Sparkasse die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitenden, interner Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten können.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Jährliche Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen im Rahmen der Risikolandkarte
- Systematische Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle in einer Schadensfalldatenbank
- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Abbildung im Plan- und adversen

- Szenario auf Basis verschiedener Szenarien
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risks auf Basis IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“
 - Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens
 - Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT
 - Einsatz eines Informationssicherheitsmanagements
 - Risikoanalysen der Dienstleistersteuerer
 - Analyse von Kundenbeschwerden
 - Abschluss von Versicherungen

Bei den operationellen Risiken bestehen Risikokonzentrationen aus der Auslagerung der technischen Abwicklung des Rechnungswesens (Datenverarbeitung) zur Finanz Informatik, der Auslagerung der technischen Abwicklung des Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäftes auf die dwpbank sowie der diversen Auslagerungen auf die Sparkassen Rating- und Risikosysteme GmbH. Die Einstufungen begründen sich mit Abhängigkeiten und Alleinstellungsmerkmalen dieser Unternehmen. Die Konzentrationen werden bewusst eingegangen. Im Rahmen der Dienstleistersteuerung erfolgt eine regelmäßige Leistungsbeurteilung.

Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse Hameln-Weserbergland verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

Im Jahr 2023 bewegten sich die Risiken auf Ebene der Risikoarten jederzeit innerhalb der vom Vorstand vorgegebenen Limite. Limitanpassungen ergaben sich zum 30. September 2023 in Folge neuer Risikoparameter für Zinsänderungsrisiken. Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war zum Bilanzstichtag mit 81 Prozent ausgelastet. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Demnach war die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

Insgesamt beurteilt die Sparkasse ihre Risikolage als ausgewogen.

Chancen- und Prognosebericht

Chancenbericht

Als Chancen werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Mit dem sich eingestellten höheren Zinsniveau ergeben sich grundsätzlich Chancen für die Sparkasse im Sinne eines Anstiegs des Zinsüberschusses in Folge steigender Zinserträge und steigender Margenbeiträge aus dem Kundeneinlagengeschäft. Derzeit ist dabei insbesondere die Struktur der Zinskurve von Bedeutung. Je stärker sich die derzeitige inverse Zinsstrukturkurve zurückbildet und normalisiert, umso höher wäre die positive Auswirkung auf den Zinsüberschuss. Weitere Chancen im nicht beeinflussbaren Unternehmensumfeld können sich aus einer besser als erwartet verlaufenden Konjunkturentwicklung oder einer Erholung der Immobilienmärkte ergeben. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen.

Chancen liegen für die Sparkasse Hameln-Weserbergland weiterhin in der Etablierung der in den letzten Jahren geschaffenen und stetig weiter entwickelten Strukturen, Konzepten und Qualifikationen der Mitarbeitenden und den damit verbundenen steigenden Vertriebsfolgen und Produktivitätssteigerungen. Aus der Digitalisierung erwachsen für die Sparkasse sowohl Chancen als auch Risiken. Chancen ergeben sich dabei sowohl in Bezug auf Kundennähe und Kundenbindung auf digitalen Kanälen in Verbindung mit dem Angebot moderner Produkte und Services als auch in Bezug auf den Produktivitätsfortschritt. Den Risiken soll durch eine schnelle Anpassungsfähigkeit an die dynamischen Veränderungen begegnet werden.

Prognosenbericht

Rahmenbedingungen

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen die Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die weltweiten Volkswirtschaften entwickeln sich derzeit sehr heterogen. Während sich die amerikanische Volkswirtschaft stark entwickelt, ist die konjunkturelle Entwicklung in Europa eher schwach, wobei Deutschland das Schlusslicht darstellt. Die Sparkasse hat zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung im Herbst 2023 die Erwartung festgelegt, dass sich die Entwicklung im Jahr 2024 nicht grundlegend ändern wird, das Niveau sich aber für Deutschland mit einem

leicht positiven BIP-Wachstum durchaus verbessern sollte. Dabei dürfte ein stabiler Arbeitsmarkt und ein steigendes Lohnniveau die Konjunktur stützen. Bei einer weiter sinkenden Inflationsrate ist damit die Basis für eine Stärkung der realen Kaufkraft der privaten Haushalte gegeben. Trotzdem dürfte die deutsche Wirtschaft, insbesondere einzelne Branchen vor weiteren Herausforderungen stehen. Hinsichtlich des Zinsniveaus erwartet die Sparkasse, dass der Zinsgipfel bei den Leitzinsen in der Eurozone erreicht ist und die Leitzinsen wieder sinken sollten.

Geschäftsentwicklung

Die derzeitige Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft, das gestiegene Preisniveau sowie das im Vergleich zur jüngsten Vergangenheit erhöhte Zinsniveau wirken sich auch auf die einzelnen Geschäftsaktivitäten der Sparkasse aus. Daneben beeinflussen der hohe Wettbewerb, anspruchsvollere Kundenbedürfnisse und die rasch fortschreitende technologische Entwicklung die Geschäftsentwicklungen. Margen und Preise im Dienstleistungsgeschäft werden weiter unter Druck bleiben.

Die Sparkasse Hameln-Weserbergland erwartet im Jahresverlauf 2024 eine mit 1,3 Prozent leicht steigende Bilanzsumme.

Vor dem Hintergrund der schwachen konjunkturellen Entwicklung sowie den Folgen des geringeren Kreditneugeschäfts im Jahr 2023, ist im Kreditvolumen lediglich ein moderates Wachstum von 1,1 Prozent zu erwarten.

Im Einlagengeschäft wird in Zusammenhang mit einer sich wieder beginnenden Normalisierung der Zinsstrukturkurve, der strategischen Positionierung des Einlagengeschäftes sowie des Beratungsansatzes ein leichtes Wachstum von 1,9 Prozent geplant.

Finanzlage

Aufgrund der vorausschauenden Finanzplanung geht die Sparkasse davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Ertrags- und Vermögenslage

Die Erläuterungen zur Ertragslage basieren auf dem „Betriebsvergleich“ der Sparkassenorganisation. Hierbei erfolgt eine Aufspaltung der für 2024 erwarteten Gewinn- und Verlustrechnung.

Das gestiegene Zinsniveau wird auch im Jahr 2024 sowohl den Zinsertrag als auch den Zinsaufwand deutlich beeinflussen. Der Zinsertrag wird dabei weiterhin im Rahmen von Neugeschäften und Wiederanlagen sukzessive von steigenden Verzinsungen profitieren. Der Zinsaufwand steigt hingegen überproportional und verdoppelt sich nahezu. Ursächlich sind die vorgenommenen Zinsanpassungen der Kundeneinlagen, die sich nunmehr auf ein volles Kalenderjahr auswirken werden. Verstärkend werden weitere Umschichtungseffekte innerhalb der Einlagen erwartet. Hinsichtlich der abgeschlossenen Zinsswaps wird ein steigender Beitrag

zum Zinsüberschuss prognostiziert. Insgesamt wird ein Rückgang des Zinsüberschusses von 9,5 Prozent erwartet.

Für das Provisionsergebnis wird ein Ergebnis auf dem Vorjahresniveau 2023 geplant.

Im Jahr 2024 werden weitere Mitarbeitende in die passive Phase der Altersteilzeit eintreten. Vor diesem Hintergrund wird trotz hoher Tariflohnsteigerungen ein gleichbleibender Personalaufwand erwartet. Im Sachaufwand wird auf Basis der bereitgestellten Sachkostenbudgets ein Anstieg prognostiziert. Insgesamt ergibt die Planung des ordentlichen Aufwands einen moderaten Anstieg um 1,0 Prozent.

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet die Sparkasse ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 0,76 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme und eine Cost-Income-Ratio von 68,6 Prozent.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft wird auf Basis der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten des Kreditportfolios und damit ein leicht steigender Wert geplant.

Im Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft werden neuerliche Fälligkeitsergebnisse und Zuschreibungen erwartet, die aber aufgrund der Vorholeffekte im Jahr 2023 im Zuge des zum Bilanzstichtag gesunkenen Zinsniveaus deutlich geringer ausfallen dürften.

Für die in der Geschäftsstrategie verankerte Kernkapitalquote sowie die wirtschaftliche Eigenkapitalquote werden ansteigende Werte erwartet. Für die Kernkapitalquote wird ein Wert von 15,4 Prozent zum 31. Dezember 2024 prognostiziert. Die Kapitalquoten überschreiten die aufsichtsrechtlichen Mindestwerten im von der Sparkasse als erforderlich betrachteten Maße.

Belastungen der künftigen Entwicklung können insbesondere aus einer langfristigen inversen Zinsstrukturkurve entstehen. Hierbei würden die Zinsaufwendungen stärker steigen als die Zinserträge und die Ertragslage damit belasten. Darüber hinaus können durch eine sich verschärfende schwache Konjunktur Ausfallrisiken steigen und weitere negative Folgewirkungen entstehen. Die Sparkasse beobachtet die Entwicklung und leitet, sofern erforderlich, entsprechende Maßnahmen ein.

Gesamtaussage

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Die Perspektiven für das Geschäftsjahr 2024 beurteilt die Sparkasse Hameln-Weserbergland unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und der bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als zufriedenstellend.

Die Finanzplanung der Sparkasse zeigt, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtsrechtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2023



der
Sitz

Sparkasse Hameln-Weserbergland
Hameln

eingetragen beim
Amtsgericht
Handelsregister-Nr.

Hannover
HRA 100536

	EUR	EUR	EUR	31.12.2022 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		21.464.867,86		17.595
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		174.056.732,81		408.673
			195.521.600,67	426.268
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		3.514.376,16		46
b) andere Forderungen		90.489.838,93		97.954
			94.004.215,09	98.000
4. Forderungen an Kunden			1.640.482.541,66	1.612.398
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	581.193.446,84 EUR			(565.443)
Kommunalkredite	118.597.497,92 EUR			(113.765)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		91.992.670,55		100.941
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	91.992.670,55 EUR			(100.941)
bb) von anderen Emittenten		252.015.576,70		266.744
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	230.409.655,70 EUR			(245.237)
			344.008.247,25	367.685
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag	0,00 EUR			(0)
			344.008.247,25	367.685
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			294.193.237,10	325.568
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			9.217.365,93	9.217
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00 EUR			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			9.660.000,00	6.144
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00 EUR			(0)
9. Treuhandvermögen			7.735.895,09	8.648
darunter:				
Treuhandkredite	7.735.895,09 EUR			(8.648)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		10.407,00		14
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			10.407,00	14
12. Sachanlagen			14.189.550,59	16.221
13. Sonstige Vermögensgegenstände			3.961.469,13	4.929
14. Rechnungsabgrenzungsposten			244.588,00	227
Summe der Aktiva			2.613.229.117,51	2.875.318

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2022 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		3.365.659,02		2.061
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		163.489.128,03		359.931
			166.854.787,05	361.992
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	219.704.937,80			294.192
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	75.029.342,87			75.313
		294.734.280,67		369.505
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.422.473.824,08			1.764.820
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	406.273.912,94			56.193
		1.828.747.737,02		1.821.013
			2.123.482.017,69	2.190.518
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
			0,00	0
			7.735.895,09	8.648
3a. Handelsbestand				
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter:				
Treuhandkredite	7.735.895,09 EUR			(8.648)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2.130.094,70	899
6. Rechnungsabgrenzungsposten			179.907,15	214
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		37.142.052,00		37.222
b) Steuerrückstellungen		1.771.348,07		461
c) andere Rückstellungen		19.959.461,75		19.972
			58.872.861,82	57.655
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			10.348.501,91	30.349
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			64.100.000,00	47.100
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	1.164,63 EUR			(1)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	177.943.397,56			176.880
		177.943.397,56		176.880
d) Bilanzgewinn		1.581.654,54		1.064
			179.525.052,10	177.943
Summe der Passiva			2.613.229.117,51	2.875.318
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		21.802.605,29		22.509
Über eine weitere, nicht quantifizierbare Eventualverbindlichkeit wird im Anhang berichtet.				
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			21.802.605,29	22.509
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		77.303.502,36		133.591
			77.303.502,36	133.591

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2022 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	44.941.428,69			33.456
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen	0,00 EUR			(667)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	35.145,93 EUR			(12)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	4.902.665,28			4.480
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen	0,00 EUR			(0)
		49.844.093,97		37.936
2. Zinsaufwendungen		12.322.216,61		5.493
darunter:				
abgesetzte positive Zinsen	8.272,30 EUR			(1.747)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	604.602,17 EUR			(1.261)
			37.521.877,36	32.442
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		7.580.395,23		7.742
b) Beteiligungen		618.514,04		547
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		191
			8.198.909,27	8.479
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			947.519,04	1.398
5. Provisionserträge		20.774.472,64		20.497
6. Provisionsaufwendungen		1.065.015,35		1.111
			19.709.457,29	19.386
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			3.241.594,04	6.358
9. (weggefallen)			69.619.357,00	68.063
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	21.307.390,31			21.635
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.078.240,85			5.947
darunter:				
für Altersversorgung	2.726.307,84 EUR			(1.861)
		28.385.631,16		27.581
b) andere Verwaltungsaufwendungen		14.220.917,14		13.943
			42.606.548,30	41.524
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.848.659,14	1.578
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.263.517,81	833
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		18.907
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.322.521,66		0
			1.322.521,66	18.907
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		776.273,15		267
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			776.273,15	267
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00		0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		17.000.000,00		0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		7.446.880,26		4.955
20. Außerordentliche Erträge	0,00			0
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00			0
22. Außerordentliches Ergebnis		0,00		0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.736.550,68			3.701
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	128.675,04			191
			5.865.225,72	3.891
25. Jahresüberschuss			1.581.654,54	1.064
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			1.581.654,54	1.064
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) aus anderen Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
			1.581.654,54	1.064
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) in andere Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			1.581.654,54	1.064

Anhang

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für die Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

1. Aktiva

Die **Forderungen** an Kreditinstitute und an Kunden (einschließlich Schuldscheindarlehen) wurden mit ihrem Nennwert angesetzt, der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag wurde unter den Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite aufgenommen. Er wird grundsätzlich laufzeit- und kapitalanteilig aufgelöst, im Falle von Festzinsvereinbarungen erfolgt die Verteilung auf die Dauer der Festzinsbindung. Abweichend hiervon werden Disagien, Bearbeitungsgebühren und ähnliche Beträge im Zusammenhang mit sog. Weiterleitungsmitteln angesichts der jeweiligen Betragskongruenz zwischen den aktivischen und passivischen Unterschiedsbeträgen im Jahr ihres Anfalls vollständig erfolgswirksam erfasst.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird im Rahmen der turnusmäßigen bzw. anlassbezogenen Kreditüberwachung durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Die Höhe der Einzelwertberichtigung bemisst sich regelmäßig nach dem Unterschiedsbetrag zwischen der ausfallgefährdeten Kreditforderung und dem erwarteten Realisationswert der gestellten Kreditsicherheit.

Den latenten Ausfallrisiken wird durch eine pauschale Risikovorsorge in Form von Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen, die auf Basis der Stellungnahme IDW RS BFA 7 bewertet wurde.

Dabei wurde mit der in der internen Risikosteuerung eingesetzten Anwendung CreditPortfolioView (CPV) für das vorgenannte Kreditportfolio der erwartete Verlust für einen 12-Monatszeitraum ohne Anrechnung einer Bonitätsprämie berechnet. Der erwartete Verlust wurde mit Hilfe eines Kreditrisikomodells mit den auf Basis der eingesetzten Risikoklassifizierungsverfahren bestimmten statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelt.

Grundlage dieser Berechnung waren insbesondere die mit dem Ratingverfahren auf Grundlage der Vergangenheit ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten der Kreditnehmer für einen 12-Monatszeitraum und die im Rahmen der Kreditprozesse bewerteten Sicherheiten. Adressen, die im Rahmen der internen Risikosteuerung im Hinblick auf einen Ausfall als risikolos betrachtet werden, wurden auch für die handelsbilanzielle Betrachtung ausgeschlossen.

Die im Rahmen der Berechnung der Pauschalwertberichtigung verwendeten Parameter spiegeln nach Einschätzung der Sparkasse die Risikosituation zum Abschlussstichtag ausreichend wider.

Als Voraussetzung für die Anwendung der Bewertungsvereinfachung wurde im Rahmen der Kreditvergabepraxis sichergestellt, dass die Konditionenvereinbarung bei Kreditausreichung unter Berücksichtigung einer risikoadäquaten Bonitätsprämie erfolgt, deren Höhe sich an dem erwarteten Verlust über die Restlaufzeit orientiert. Eine Überprüfung dieser Ausgeglichenheitsvermutung zum Bilanzstichtag ist erfolgt. Hierbei ist auch im Rahmen eines Stichtagsvergleichs die Entwicklung des mit CreditPortfolioView für die Restlaufzeit berechneten erwarteten Verlusts des Portfolios (sog. Lifetime Expected Loss) analysiert worden. Die Grundlagen entsprechen im Wesentlichen der Ermittlung des erwarteten Verlusts für einen 12-Monatszeitraum. Danach kann die Ausgeglichenheit weiter angenommen werden.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt als Risikovorsorge zu den Forderungen an Kunden (Aktivposten 4) und den Forderungen an Kreditinstitute (Aktivposten 3). Die für Eventualverbindlichkeiten sowie unwiderrufliche Kreditzusagen ermittelten Pauschalwertberichtigungen werden an den Unterstrichposten abgesetzt und als Risikovorsorge bzw. pauschale Rückstellung in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c) ausgewiesen. Für widerrufliche Kreditzusagen erfolgt allein der Ausweis als Risikovorsorge bzw. pauschale Rückstellung in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c).

Für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute wurde Vorsorge getroffen.

Der Anschaffungswert der **Wertpapiere** wird zum gewogenen Durchschnittswert ermittelt. Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip angesetzt. Zum Bilanzstichtag erfolgt die Bewertung mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsenkursen oder den niedrigeren beizulegenden Zeitwerten.

Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens werden Abschreibungen nur im Zusammenhang mit voraussichtlich dauernden Wertminderungen vorgenommen. Wertaufholungen werden durch Zuschreibungen auf den höheren Kurswert, maximal aber bis zu den Anschaffungskosten, berücksichtigt.

Für die Ermittlung des Bewertungskurses wurden die festverzinslichen Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt vorliegt. Für die Abgrenzung, ob ein aktiver Markt vorliegt, fanden die Kriterien Anwendung, die in der MiFiD II (Markets in Financial Instruments Directive - Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014) für die Abgrenzung eines liquiden von einem illiquiden Markt festgelegt wurden. Auf Basis der Abgrenzungskriterien liegen für die festverzinslichen Wertpapiere weit überwiegend nicht aktive Märkte vor.

In den Fällen, in denen nicht von einem aktiven Markt ausgegangen wird (insgesamt 84,1% des Nominalvolumens der festverzinslichen Wertpapiere), wurde die Bewertung anhand von Kursen des Kursinformationsanbieters Refinitiv Germany GmbH vorgenommen, denen unter Verwendung laufzeit- und risikoadäquater Zinssätze ein Discounted-Cashflow-Modell zugrunde liegt.

Die Anteile an Investmentfonds wurden zum investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die Sparkasse ordnet bei Wertpapierleihegeschäften das wirtschaftliche Eigentum dem Verleiher zu. Dies hat zur Folge, dass verliehene Wertpapiere in der Bilanz der Sparkasse verbleiben und nach den Bewertungsregeln der jeweiligen Wertpapierkategorie bewertet werden.

Die **Beteiligungen** und **Anteile an verbundene Unternehmen** sind zu Anschaffungskosten bzw. im Falle vorübergehender sowie dauernder Wertminderungen zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art beziehungsweise der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Das **Sachanlagevermögen** und die **immateriellen Anlagewerte** werden mit ihren

Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer, angesetzt. Vermögensgegenstände von geringem Wert (Anschaffungskosten bis 250 EUR) werden sofort als Sachaufwand erfasst; bei Anschaffungswerten bis zu 1.000 EUR (ohne Mehrwertsteuer) – bzw. bei Software bis zu 800 EUR – im Einzelfall erfolgt analog zur steuerlichen Regelung des § 6 Abs. 2a EStG die Einstellung in einen Sammelposten, der linear mit je einem Fünftel jährlich abgeschrieben wird.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände**, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet. Die hier ausgewiesenen Finanzanlagen werden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet.

2. Passiva

Die **Verbindlichkeiten** werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Beträgt die Zeitspanne bis zum erwarteten Erfüllungszeitpunkt mehr als ein Jahr, erfolgt eine Abzinsung mit einem laufzeitadäquaten Zinssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV). Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die **Pensionsrückstellungen** wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2018 G bewertet. Für die Abzinsung wurde ein auf das Jahresende prognostizierter Durchschnittszins von 1,83% für die pauschal angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Im Vergleich zu dem von der Deutschen Bundesbank auf den Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2023 veröffentlichten Zinssatz von 1,82% ergaben sich lediglich geringfügige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Die bis zur voraussichtlichen Erfüllung zu erwartenden Gehalts- und Rentensteigerungen haben wir mit jährlich 2,5 % prognostiziert.

Nach **IDW RS BFA 3 n. F. sind die zinsbezogenen Instrumente des Bankbuchs (Zinsbuch)** einer verlustfreien Bewertung zu unterziehen. Zu diesem Zweck werden die zinsbezogenen Vermögensgegenstände und Schulden sowie derivative Finanzinstrumente, insbesondere Zinsswaps, des Bankbuchs einem Saldierungsbereich zugeordnet. Für diesen ist unter Berücksichtigung von voraussichtlich zur Bewirtschaftung des Bankbuchs erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten) zu prüfen, ob aus den noch zu erwartenden Zahlungsströmen bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands ein Verlust droht. Die Sparkasse wendet die barwertige Berechnungsmethode an. Der Barwert ergibt sich aus den zum Abschlussstichtag abgezinsten Zahlungsströmen des Bankbuchs. Betrags- und Laufzeitinkongruenzen sind mittels fiktiver Geschäfte zu schließen. Auf der Passivseite ist dabei der angenommene individuelle Refinanzierungsaufschlag der Sparkasse zu berücksichtigen. Die künftigen für die vollständige Abwicklung des Bankbuchs benötigten Verwaltungskosten wurden aus statistischen Daten abgeleitet. Der ermittelte Verwaltungskostensatz wurde auch für den Einbezug sogenannter Overheadkosten berücksichtigt. Weiterhin wurden Gebühren und Provisionserträge, die direkt aus den Zinsprodukten resultieren, im Rahmen der verlustfreien Ermittlung des Bankbuchs berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2023 ergibt sich kein Verpflichtungsüberschuss.

Der BGH hat mit Urteil vom 27. April 2021 (Az. XI ZR 26/20) den AGB-Änderungsmechanismus in den AGB einer Bank für unwirksam erklärt. Bis zu einer ausdrücklichen Zustimmung stellen wir insbesondere für Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Girokonto die Preise

insoweit nicht in Rechnung, wie sie Preisanpassungen in den letzten drei Jahren vor Verkündung des BGH-Urteils umfassen.

Mit Urteil vom 6. Oktober 2021 (Az. XI ZR 234/20) hat der BGH in einem Musterfeststellungsverfahren zur Wirksamkeit von Zinsänderungsklauseln in Prämiensparverträgen entschieden. Danach sind Zinsanpassungen monatlich unter Beibehaltung des anfänglich relativen Abstands zwischen Vertragszins und Referenzzins vorzunehmen. Die dreijährige Verjährung eines möglichen Zinsanspruchs beginnt erst ab Fälligkeit des Sparvertrags. Hinsichtlich der Bestimmung eines angemessenen Referenzzinssatzes hat der BGH das Verfahren an das OLG Dresden zurückgewiesen. Soweit das Ergebnis unserer Prüfung eine vergleichbare Ausgestaltung ergeben hat, haben wir nach einer Einschätzung der möglichen Betroffenheit von berechtigten Erstattungsansprüchen in unserem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 Rückstellungen gebildet. Hierbei haben wir den vom OLG Dresden festgelegten Referenzzinssatz verwendet.

Die Sparkasse ist tarifvertraglich verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer kommunalen Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie erfüllt diese Verpflichtung durch Anmeldung der betreffenden Mitarbeiter bei der **Emdener Zusatzversorgungskasse für Sparkassen (ZVK-Sparkassen)** mit Sitz in Emden. Die ZVK-Sparkassen ist eine kommunale Zusatzversorgungseinrichtung im Sinne des § 1 des Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K) vom 1. März 2002. Träger der ZVK-Sparkassen ist der Niedersächsische Sparkassen- und Giroverband in Hannover, der das Kassenvermögen der ZVK-Sparkassen als Sondervermögen getrennt von seinem übrigen Vermögen verwaltet.

Die Versorgungsverpflichtungen werden von der ZVK-Sparkassen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2018 G mit 7-jähriger Generationenverschiebung bewertet, um den kassenindividuellen Verhältnissen angemessen Rechnung zu tragen.

Nachdem die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes sich mit Wirkung vom 1. Januar 2002 auf eine Abkehr vom seit 1967 bestehenden Gesamtversorgungssystem verständigt hatten, hat die ZVK-Sparkassen zum 1. Januar 2003 den Versicherten- und Rentnerbestand in zwei getrennte Abrechnungsverbände unterteilt, den Abrechnungsverband P für die zu diesem Zeitpunkt Pflichtversicherten bzw. den Abrechnungsverband R für die sog. Altrentner.

Seit diesem Zeitpunkt ist der **Abrechnungsverband P** unter Zugrundelegung der Bewertungsparameter gem. ATV-K vom 1. März 2002 kapitalgedeckt.

Bei den aktiven Beschäftigten beträgt der Beitragssatz seit dem 1. Januar 2021 nach einer Stufenweise Anhebung in den Vorjahren 5,8%. Hiervon werden 5,4 % durch die Sparkasse und 0,4 % von den Arbeitnehmern getragen.

Bemessungsgrundlage für den Beitrag sind die zusatzversorgungspflichtigen Entgelte, sie beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 auf 20,7 Mio. EUR.

Die ZVK-Sparkassen hat in 2022 die Kapitaldeckung im Abrechnungsverband R erreicht und diesen in 2023 rückwirkend zum 1. Januar 2023 auf den Abrechnungsverband P nach Genehmigung verschmolzen. Für den Abrechnungsverband R wurde bis zum Erreichen der Kapitaldeckung eine Umlage in Höhe von 2,2 % und ein Sanierungsgeld in Höhe von 1,5 % der zusatzversicherungspflichtigen Entgelte erhoben. Die Bewertung der Versorgungsverpflichtungen für die Altrentner berücksichtigt die zugesagte jährliche Erhöhung der Renten um 1 %.

3. Gewinn- und Verlustrechnung

Für die bei der der Norddeutschen Landesbank und anderen Kreditinstituten aufgenommenen Gelder wurden Zinsen vergütet, die mit den unter GV-Posten 2 ausgewiesenen

Zinsaufwendungen verrechnet wurden.

4. Angaben zu Derivaten und zur Fremdwährungsumrechnung

Die zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung), so dass eine Einzelbewertung nicht erforderlich war.

Die **strukturierten Produkte** (Forward-Darlehen) wurden gemäß den Voraussetzungen des IDW RS HFA 22 einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert und bewertet.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Die Sparkasse hat anteilige Zinsen und ähnliche das Geschäftsjahr betreffende Beträge entsprechend des Wahlrechtes gemäß § 11 Abs. 3 RechKredV nicht in die **Fristengliederung** einbezogen, insofern stimmen die Bilanzbestände nicht mit den Endbeträgen laut Fristengliederung überein.

Aktiva

Posten 3: Forderungen an Kreditinstitute

Die unter Posten 3 b) andere Forderungen ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

- bis drei Monate	8.007.427,49 EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,00 EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	43.997.183,99 EUR
- mehr als fünf Jahre	37.497.600,00 EUR
 Forderungen an die eigene Girozentrale:	 13.508.248,00 EUR

Posten 4: Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

- bis drei Monate	36.835.480,95 EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	129.643.220,74 EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	525.034.669,13 EUR
- mehr als fünf Jahre	922.171.832,67 EUR
- mit unbestimmter Restlaufzeit	24.829.449,55 EUR

Forderungen an verbundene Unternehmen:

Bestand am Bilanzstichtag	6.501.975,54 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	5.194.092,30 EUR

darunter nachrangige Forderungen:

Bestand am Bilanzstichtag	6.501.975,54 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	5.194.092,30 EUR

Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag	18.130.544,02 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	17.957.031,26 EUR

Posten 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In Posten 5 ausgewiesene Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden ohne anteilige Zinsen: 69.501.095,00 EUR

Von den unter Aktiva 5 enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert	283.513.967,35 EUR
nicht börsennotiert	60.494.279,90 EUR

Von den börsenfähigen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurden nicht mit dem

Niederstwert bewertet (Buchwert)	224.391.530,00 EUR
Diese Wertpapiere verkörpern einen Marktwert von	212.658.740,00 EUR

Es handelt sich dabei um Wertpapiere öffentlicher Emittenten, Pfandbriefe sowie Wertpapiere mit Rating besser oder gleich A. Die Wertminderungen sind ausschließlich zinsinduziert und dürften daher nach unserer Auffassung voraussichtlich nicht von Dauer sein.

Im Posten 5b)bb) enthaltene nachrangige Wertpapiere von anderen Emittenten

Bestand am Bilanzstichtag	1.007.339,70 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	984.973,70 EUR

Zum Bilanzstichtag beträgt der Bestand der verliehenen Wertpapiere 24.947.750,00 EUR

Posten 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Zu Anteilen an Sondervermögen im Sinn des § 1 Abs. 10 KAGB, an denen die Sparkasse mehr als 10 % der Anteile hält, werden folgende Informationen gegeben:

Name des Fonds	HI-Hameln-Weserbergland-Fonds	HW-I-Immobilien-Fonds
Anlageziele	Mischfonds mit dem Schwerpunkt Unternehmensanleihen sowie Aktienfonds	Immobilienfonds
Marktwert	141.297.283,53	169.477.464,79
Unterschiedsbetrag zum Buchwert am 31.12.2023	0,00	12.263.053,90
Ausschüttungen in 2023	2.530.185,73	5.008.959,50
Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe	Ja ¹⁾	Ja ^{1); 2)}
Unterlassene Abschreibungen	Nein	Nein

¹⁾ Den Kapitalanlagegesellschaften bleibt das Recht vorbehalten, die Rücknahme der Anteilscheine auszusetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen des Anlegers erforderlich erscheinen lassen.

²⁾ Die vertraglichen Grundlagen ermöglichen eine Rückgabe erst spätestens am letzten Bankgeschäftstag des übernächsten Kalenderquartals, welches auf die Rückgabebekräftigung des Anlegers folgt.

In diesem Posten sind Anteile an zwei Spezialfonds mit Buchwerten von insgesamt 293.461.694,42 EUR enthalten.

Von den übrigen unter diesem Posten ausgewiesenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert	0,00 EUR
nicht börsennotiert	0,00 EUR

Posten 7: Beteiligungen und Posten 8: Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Sparkasse ist am Stammkapital des Sparkassenverbandes Niedersachsen, Hannover, mit einem Anteil von 2,77 % beteiligt. Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis unterbleiben aufgrund von § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB.

Weitere Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB entfallen, weil sie gemäß § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung sind. Aus demselben Grunde wurde auf die Erstellung eines Konzernabschlusses unter Einbeziehung der verbundenen Unternehmen verzichtet (§ 296 Abs. 2 HGB).

Posten 9: Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen besteht ausschließlich aus Forderungen an Kunden (Posten 4 des Formblattes).

Posten 12: Sachanlagen

Die für sparkassenbetriebliche Zwecke genutzten Grundstücke und Bauten belaufen sich auf (Bilanzwert) 11.259.576,25 EUR

Der Bilanzwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 1.333.464,84 EUR

Posten 13: Sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen an verbundene Unternehmen:

Bestand am Bilanzstichtag 635.344,66 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres 598.085,49 EUR

darunter nachrangige Forderungen:

Bestand am Bilanzstichtag 635.344,66 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres 598.085,49 EUR

Die Sparkasse ist an der DKE-GbR, Berlin, als unbegrenzt haftender Gesellschafter beteiligt.

Posten 14: Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen dem Erfüllungs- und dem niedrigeren
Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten oder Anleihen 24.725,31 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres 31.598,19 EUR

Entwicklung des Anlagevermögens														
	Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten						Entwicklung der kumulierten Abschreibungen						Buchwerte	
	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Ab- schreibungen im Geschäftsjahr	Zu- schreibungen im Geschäftsjahr	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit Zugängen	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	255.495.760,00	21.895.250,00	17.697.600,00	259.693.410,00	1.449.630,00	0,00	0,00	1.600,00	1.448.030,00	258.245.380,00	254.046.130,00			
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	158.552.189,07	0,00	0,00	158.552.189,07	509.985,50	96.250,00	0,00	0,00	606.235,50	157.945.953,57	158.042.203,57			
Beteiligungen	34.388.200,22	0,00	0,00	34.388.200,22	25.170.834,29	0,00	0,00	0,00	25.170.834,29	9.217.365,93	9.217.365,93			
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.144.023,15	5.700.000,00	1.200.000,00	10.644.023,15	0,00	984.023,15	0,00	0,00	984.023,15	9.660.000,00	6.144.023,15			
Immaterielle Anlagewerte	463.321,53	14.326,44	30.305,71	447.342,26	449.166,53	18.074,44	0,00	30.305,71	436.935,26	10.407,00	14.155,00			
Sachanlagen	77.857.783,45	764.291,59	6.144.791,92	72.477.283,12	61.637.226,35	1.830.584,70	0,00	5.180,078	58.287.732,53	14.189.550,59	16.220.557,10			
Sonstige Vermögensgegenstände	34.203,89	0,00	0,00	34.203,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34.203,89	34.203,89			

Passiva

Posten 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die unter Posten Passiva 1 b) ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

- bis drei Monate	63.765.422,15 EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	10.405.358,50 EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	41.131.123,19 EUR
- mehr als fünf Jahre	47.261.330,21 EUR

Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale: 66.904.847,60 EUR

Gesamtbetrag der als Sicherheit für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragenen Vermögensgegenstände 102.296.063,43 EUR

Posten 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die unter Posten Passiva 2 a) Unterposten ab) ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

- bis drei Monate	21.594,25 EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	73.653.444,28 EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	480.166,16 EUR
- mehr als fünf Jahre	874.138,18 EUR

Die unter Posten Passiva 2 b) Unterposten bb) ausgewiesenen Bestände gliedern sich nach ihrer Restlaufzeit wie folgt:

- bis drei Monate	246.145.702,36 EUR
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	106.591.363,22 EUR
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.654.383,96 EUR
- mehr als fünf Jahre	18.607.495,25 EUR

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen:

Bestand am Bilanzstichtag	6.404.563,75 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	5.683.548,60 EUR

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag	11.501.427,49 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	11.085.669,31 EUR

Posten 4: Treuhandverbindlichkeiten

Die Treuhandverbindlichkeiten bestehen ausschließlich aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Posten 1 des Formblattes).

Posten 6: Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen und dem höheren Nominalbetrag sind enthalten mit	179.348,27 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	211.638,93 EUR

Posten 7a: Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Zum 31. Dezember 2023 beträgt der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB 387.598,00 EUR. Eine Ausschüttungssperre besteht nicht, da bereits in Vorjahren in diesem Zusammenhang entsprechende Beträge der Sicherheitsrücklage zugeführt wurden.

Posten 9: Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsen und andere Aufwendungen in Höhe von angefallen.	610.724,74 EUR
---	----------------

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen jeweils 10% des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag	Zinssatz in %	Fälligkeit
5.100.000,00 EUR	3,35	14.04.2032
5.000.000,00 EUR	3,74	29.04.2032

Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtungen bestehen nicht. Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen ist nicht vereinbart.

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein
Beteiligungsverhältnis besteht:

Bestand am Bilanzstichtag	0,00 EUR
Bestand am 31.12. des Vorjahres	5.100.000,00 EUR

Posten 1b unter dem Bilanzstrich: Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen

Bei den unter Posten 1b) unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um übernommene Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen der Kreditmanagementprozesse ist für die hier ausgewiesenen Beträge davon auszugehen, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden.

Für drohende Verluste aus Eventualverbindlichkeiten haben wir Rückstellungen gebildet und den unter der Bilanz ausgewiesenen Betrag gekürzt.

Für die Darlehensschuld eines Dritten mit unbestimmter Laufzeit haftet die Sparkasse anteilig für den Zinsdienst (zurzeit 1,478 % auf einen Kapitalbetrag von 4.405.302,00 EUR) und ggf. anfallende Steuern sowie ggf. Kosten.

Posten 2c unter dem Bilanzstrich: Unwiderrufliche Kreditzusagen

Durch die künftige Inanspruchnahme der unter Posten 2c) ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen entstehen nach den Erkenntnissen des Bilanzstichtages werthaltige Forderungen. Insoweit bestehen auch hier keine Anhaltspunkte dafür, dass sich mit einer Inanspruchnahme seitens der Kreditnehmer bereits Vermögensbelastungen der Sparkasse verbinden.

Sollte im Ausnahmefall aus einer unwiderruflichen Kreditzusage ein Verlust drohen, werden hierfür Rückstellungen gebildet und die unter der Bilanz ausgewiesenen Beträge entsprechend gekürzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Posten 8: Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind periodenfremde Erträge von 2.114.017,55 EUR enthalten. Es handelt sich im Wesentlichen um Erträge aus der Auflösung von Pensions- und sonstigen Rückstellungen sowie Veräußerungsgewinne von Grundstücken und Gebäuden des Anlagevermögens.

Posten 10: Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

In diesem Posten sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1.374.048,62 EUR enthalten. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen und zur Beihilferückstellung.

Posten 29: Bilanzgewinn

Der Verwaltungsrat wird den Jahresabschluss vom 31. Dezember 2023 in seiner für den 24. Mai 2024 vorgesehenen Sitzung feststellen. Der Vorschlag des Vorstandes sieht vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 1.581.654,54 Euro an den Träger der Sparkasse auszuschütten.

Sonstige Angaben

Sonstige Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen nicht aus der Bilanz ersichtliche finanzielle Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 672.459,76 EUR aus der Zeichnung von einem Immobilienspezialfonds.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsregelungen zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum 31. Dezember 2023 Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 1.792.427,99 EUR durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Eine passive Steuerabgrenzung war demzufolge nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern wurde verzichtet. Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei den Anteilen an Investmentvermögen. Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich im Wesentlichen aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Pensions- und anderen Rückstellungen. Die Ermittlung der Differenzen erfolgte unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von rd. 30,9 %. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

Angabe der Honorare für die Abschlussprüfung

Für Prüfungs- und weitere Leistungen des Abschlussprüfers sind im Geschäftsjahr 2023 folgende Aufwendungen angefallen:

für Abschlussprüfungsleistungen	263.611,03 EUR
für andere Bestätigungsleistungen	24.034,03 EUR

Bei den anderen Bestätigungsleistungen handelt es sich um Leistungen für die Prüfung des Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäfts. Bei im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für Abschlussprüferleistungen sind Auflösungen in Höhe von 25.499,12 zu Gunsten der Gewinn- und Verlustrechnung angefallen.

Zinsswapgeschäfte

Zinsswaps zum Zwecke der Zinsbuchsteuerung bestehen im Nominalwert von 95 Mio. EUR. Hiervon weisen Zinsswaps mit einem Nominalwert in Höhe von 65 Mio. EUR einen positiven Zeitwert von 5.514 TEUR auf. Die anderen Zinsswaps weisen einen negativen Marktwert von 319 TEUR auf. Der Gesamtbestand der Zinsswaps besitzt eine Restlaufzeit von über 5 Jahren. Für die Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31. Dezember 2023 Verwendung. Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Zinsabgrenzungen und Kosten.

Organe der Sparkasse

Verwaltungsrat der Sparkasse

Vorsitzender:

Dirk Adomat, Landrat des Landkreises Hameln-Pyrmont

Stellvertretende Vorsitzende:

1. Claudio Griese, Oberbürgermeister der Stadt Hameln
2. Torsten Sievert, Sparkassenbetriebswirt für Wirtschafts- und Finanzinformatik

Mitglieder nach § 11 NSpG:

Birgit Albrecht, Rektorin

Hartmut Binder, Produktionsleiter i.R.

Friedrich-Wilhelm Dornette, Bürgermeister, Schulleiter i.R.

Barbara Fahncke, Diplom-Sozialpädagogin / Leitung Jugendamt

Claudio Griese, Oberbürgermeister der Stadt Hameln

Thomas Jürgens, Postobersekretär i. R.

Thorsten Kellner, Geschäftsführer der Wortmann GmbH & Co. KG

Daniel Meier, Büroleiter

Kurt Meyer-Bergmann, Mitinhaber des BSG-Instituts zur Aus- u. Fortbildung von Bäderpersonal i.R.

Tarik Önelcin, Bürgermeister der Stadt Hessisch Oldendorf, Hauptverwaltungsbeamter

Irene Wester-Hilpert, Kaufmännische Angestellte

Mitglieder nach § 110 NPersVG:

Doris Bacci, Anwendungsdesignerin (freigestellte Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Finanzinformatik)

Alexandra Brand, Sparkassenbetriebswirtin

Dietmar Görzdorf, Gewerkschaftssekretär

Sibylle Grunhold, Sparkassenfachwirtin

Torsten Sievert, Sparkassenbetriebswirt für Wirtschafts- und Finanzinformatik (freigestellter Personalratsvorsitzender)

Carsten Steding, Sparkassenbetriebswirt

Vorstand:**Vorstandsvorsitzender**

Sparkassendirektor Alois Drube
(bis 30.06.2024)

stellv. Vorstandsvorsitzender

Sparkassendirektor Thomas Greef

Vorstandsmitglied

Sparkassendirektor Klaus F. Tobisch

Vorstandsvertreter:

Im Fall der Verhinderung wird der Vorstand
vertreten durch:

Nils Böker

André Horstmeyer

Wolfgang Kusch

Stephan Rohmann

Frank Schymitzek

Zum Abschlussstichtag bestand folgendes Mandat in einem Aufsichtsgremium einer Versicherungsgesellschaft (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB in Verbindung mit § 267 Abs. 3 HGB bzw. § 341a Abs. 1 HGB):

Alois Drube
Provinzial Lebensversicherung Hannover

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und deren Hinterbliebenen sind zum Bilanzstichtag 9.215.055,00 EUR zurückgestellt. Die laufenden Bezüge betragen 851.148,55 EUR.

Die Bezüge des Verwaltungsrates im Geschäftsjahr 2023 beliefen sich auf 155.145,00 EUR.

Die Kredite einschließlich eingegangener Haftungsverhältnisse an den Vorstand betragen 78.300,00 EUR, an die Mitglieder des Verwaltungsrates 461.602,90 EUR.

Die Sparkasse beschäftigte im Jahresdurchschnitt 2023:

Vollzeitbeschäftigte	217
Teilzeitbeschäftigte	<u>130</u>
	347
Auszubildende	<u>17</u>
	364

Hameln, den 06.03.2024

**Sparkasse Hameln-Weserbergland
Der Vorstand**

Drube

Greef

Tobisch

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG
zum 31. Dezember 2023
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Sparkasse Hameln-Weserbergland hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Hameln-Weserbergland besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Hameln-Weserbergland definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 69.619 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt zum Jahresende 315 Beschäftigte.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 7.447 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 5.737 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die Sparkasse Hameln-Weserbergland hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Hinweis zum Bestätigungsvermerk

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und der Lagebericht für das Jahr 2023 wurden durch die Prüfungsstelle des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat die ihm nach dem Niedersächsischen Sparkassengesetz und der Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und sich anhand der Berichte des Vorstands regelmäßig über die Lage und die Entwicklung der Sparkasse Hameln-Weserbergland informiert.

In allen Angelegenheiten, die nach Sparkassengesetz und Satzung der Entscheidung des Verwaltungsrates bedurften, wurden die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Darüber hinaus sind Grundsatzfragen der Geschäftspolitik und des Geschäftsbetriebes in mehreren Sitzungen eingehend erörtert worden.

Die Prüfungsstelle des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Jahresabschluss 2023 und den Lagebericht geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat billigt den Lagebericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2023.

Er hat von dem schriftlichen und in seiner Sitzung am 24. Mai 2024 zusätzlich vom mündlichen Bericht der Prüfungsstelle des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes Kenntnis genommen und daraufhin den Jahresabschluss 2023 in der geprüften Fassung festgestellt. In Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Vorstandes wurde beschlossen, den Bilanzgewinn in Höhe von 1.581.654,54 EUR an den Träger auszuschütten.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seine Anerkennung für die im Geschäftsjahr geleistete Arbeit aus.

Hameln, den 24. Mai 2024

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Dirk Adomat
Landrat



Sparkasse Hameln-Weserbergland
Am Markt 4
31785 Hameln
Telefon 05151 206 0
Telefax 05151 206 99 880
www.spkhw.de